



CDU

Beschluss des 31. Landesparteitags
der CDU Nordrhein-Westfalen

Neue Sicherheit und Solidarität Nordrhein-Westfalen 2020

20. März 2010, Münster

Inhaltsübersicht

Wachstum schafft Arbeit.....	6
Bildung für alle.....	9
Beschäftigungssicherheit für viele.....	11
Kein Kind bleibt zurück.....	13
Mehr Lebensqualität für Ältere.....	14
Für starke Kommunen.....	15
Integration in einer weltoffenen Gesellschaft.....	18
Sicher leben.....	19
Handeln mit Gewinn für Umwelt und Wirtschaft.....	21
Investitionen in eine moderne Infrastruktur.....	23
Wir setzen auf kreative Köpfe.....	25
Für ein starkes Europa.....	26
Nordrhein-Westfalen 2020 – Neue Sicherheit und Solidarität.....	28

Die Einheit der Gesellschaft zu bewahren, ist die große und nachhaltige Aufgabe von Politik auf allen Ebenen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Mehr denn je muss die Politik heute für neue Sicherheit sorgen. Sie darf nicht akzeptieren, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Ausgebildeten und nicht Ausgebildeten, zwischen Ost und West, zwischen Einheimischen und Zuwanderern immer weiter auseinander geht. Soziale Unterschiede dürfen keine unüberwindbaren Hürden sein. Jedes Kind muss seine Talente und Fähigkeiten entfalten können. Jeder muss die Chance zu sozialem Aufstieg haben. Jeder muss wieder eine Chance bekommen, auch wenn er arbeitslos wird. Niemand darf zurückbleiben. Auch Unternehmen und Freiberufler brauchen Sicherheit. Denn sie müssen planen können, um erfolgreich zu sein und Wohlstand schaffen zu können. Freiheit ist ein hohes Gut, für das wir einstehen. Aber Sicherheit muss dazu gehören. Dass Freiheit und Sicherheit zusammengehören, ist Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Damit die Soziale Marktwirtschaft erfolgreich bleibt, muss die Gesellschaft, insbesondere Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, ihren Beitrag leisten.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt davon, dass sich Leistung lohnt. Nur so ist Wohlstand für alle zu erreichen. Das Wirtschaftswunder war ohne die Leistung der Menschen in Nordrhein-Westfalen undenkbar. Bis heute sind wir Deutschlands industrielles Kraftpaket. Wäre Nordrhein-Westfalen ein eigener Staat, lägen wir mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 500 Mrd. Euro auf Rang 17 der Weltrangliste der Volkswirtschaften. Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz darauf, dass wir das Kernland der Sozialen Marktwirtschaft sind. Ihr Grundsatz „Erarbeiten kommt vor Verteilen“ ist für uns Maßstab. Denn den Schwachen kann nur geholfen werden, wenn auch die Starken nicht überfordert werden. Deshalb unterstützen wir Industrie und Mittelstand. So haben wir mit sechs Mittelstandspaketen die Selbstverwaltung der Wirtschaft gestärkt, die Bürokratie reduziert und für Unternehmen verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen. Wir wollen die Fortschreibung der erfolgreichen Mittelstandspakete. Wir setzen auf Kontinuität und stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Und mit unserer bundesweit vorbildlichen Meistergründungsprämie unterstützen wir junge Meisterinnen und Meister beim Aufbau eines eigenen Betriebs. 2008 waren wir Gründungsland Nr. 1. So machen wir die stark, die unser Land stark machen: Familienunternehmen aus Handel, Handwerk, Gewerbe und Mittelstand.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf starke Unternehmer. Aber ohne einen starken Staat wird die Gesellschaft auseinanderfallen. Ein starker Staat ist ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – und das heißt, elementare Sicherheiten zu garantieren und Chancen zu eröffnen. In diesem Sinn muss er ein solidarischer Sozialstaat sein. Auf diesen solidarischen Sozialstaat sollen sich auch unsere Kinder und Enkel noch verlassen können. Deshalb darf er sich nicht übermäßig verschulden. Eine Politik der neuen Sicherheit heißt nicht immer mehr staatliche Umverteilung. Sie setzt vielmehr große gesellschaftliche Anstrengungen voraus. Sie erfordert von den Menschen mehr Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung. Aber sie bietet eine Lebensperspektive, die frei von Willkür und Existenzangst ist.

Das bedeutet: Jeder, der sich nicht selbst helfen kann, muss auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen können. Aber vor allem: Leistung muss sich lohnen. Deshalb haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass das Arbeitslosengeld für Ältere verlängert wurde. Denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, im Fall der Arbeitslosigkeit das Gleiche bekommt wie jemand, der kaum gearbeitet hat. Deshalb haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass das Schonvermögen bei ALG-II-Empfängern erhöht wird. Denn private Altersvorsorge darf nicht bestraft, sondern muss belohnt werden. Und deshalb kämpfen wir auch weiter dafür, dass derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, ein Alterseinkommen erhält, das oberhalb der Grundsicherung liegt, wobei die zusätzlichen Leistungen steuerfinanziert ausgestaltet werden. Nur wenn sich Leistung lohnt, geht es in der Gesellschaft gerecht zu.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Deutschland je hatte. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass die Soziale Marktwirtschaft nur eine Zukunft hat, wenn wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Wir in Nordrhein-Westfalen sind „das soziale Gewissen Deutschlands“, wie unser erster frei gewählter Ministerpräsident Karl Arnold gesagt hat. Hier bei uns wurde der Klassenkampf beendet und die soziale Partnerschaft begründet. Die große Leistung der CDU war und ist es, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht als Gegensatz, sondern als Einheit zu verstehen. Diese grundlegende Haltung hat die CDU gerade in Nordrhein-Westfalen immer sowohl von der reinen Marktgläubigkeit der Marktradikalen als auch von der Staatsgläubigkeit der linken Parteien unterschieden. Das war und ist ihr Erfolgsrezept. Das war und ist ihr Markenkern. Deshalb ist sie die Partei der Mitte.

Der Erfolg der CDU in den letzten Jahrzehnten liegt in der konsequenten Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und in der Abkehr von einem materialistischen Menschenbild. Ein ungebremsster Materialismus hat uns mit in die tiefe Wirtschaftskrise gestürzt. Dieser Materialismus ist mit unserem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Die Politik der CDU Nordrhein-Westfalen ist wertgebundene Politik. Nicht die soziale Herkunft zählt, sondern Verantwortung zu übernehmen und sich einzusetzen für andere: In der Familie, in kirchlichen Gemeinde, in der Kommune, in Vereinen und auch in der Politik. Wer den Gemeinsinn, den Familiensinn, den Sinn für Heimat stärkt, der lebt die Bürgergesellschaft. Und wer dafür Politik macht, macht eine Politik der neuen Sicherheit.

Die Relativierung von Werten bedroht unsere Gesellschaft. Nicht alles ist möglich. Nicht alles, was gefällt, ist auch erlaubt. Wenn eine Gesellschaft ihre eigenen Werte nicht kennt, dann zerfällt sie. Deshalb treten wir gegen die Verfügbarkeit menschlichen Lebens an, sei es am Anfang wie am Ende. Wir stehen für den besonderen Schutz von Ehe und Familie. Wir stehen zu unseren christlichen Werten und Symbolen. So gehören Kreuze für uns auch weiterhin in den öffentlichen Raum.

Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen ihr Leben selbst bestimmt und in Würde gestalten und leben können. Beispielsweise haben wir mit dem Programm „Teilhabe für alle“ klare Zeichen gesetzt, um Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir streiten konsequent für Recht und Ordnung. Menschen müssen sich in ihrer Stadt sicher fühlen, Eltern ihre Kinder ohne Angst auf der Straße spielen lassen können. Unsere Kinder haben ein Anrecht darauf, dass sie sicher leben können. Eine Gesellschaft, die ihre Kinder nicht wirksam schützt, gefährdet nicht nur ihren Zusammenhalt, sondern sie stellt sich selbst in Frage.

Eine Politik der neuen Sicherheit heißt, auch sozialen Aufstieg möglich zu machen: Durch ein Bildungssystem, das in bewusster Ergänzung der elterlichen Erziehungsaufgabe Kinder schon im Kindergarten individuell fördert, das Ganztagschulen anbietet, damit Familie und Beruf besser verbunden werden können, das Hauptschüler nicht benachteiligt, sondern ihnen eine Berufsausbildung ermöglicht und das das gegliederte Schulsystem zukunftsfähig erhält. Wir sind für das gegliederte Schulsystem und gegen die Einheitsschule. All das sind Elemente einer wertgebundenen Politik, die Aufstieg möglich macht und eine

breite Mittelschicht in ihren Bemühungen unterstützt, das Erreichte für die nachwachsende Generation zu erhalten. Das ist ein Beitrag, die Einheit der Gesellschaft zu bewahren. So ist neue Sicherheit für alle möglich.

Die kommenden Jahre werden nicht einfach. Die Krise war hart. Sie ist noch nicht vorbei. Wir werden noch einige Zeit brauchen, um sie zu bewältigen. Wir brauchen wieder Wachstum. Dann müssen die Schulden abgebaut werden. Gleichzeitig stellen sich große Herausforderungen. Ressourcenknappheit und Klimawandel erfordern eine neue Art zu leben und zu wirtschaften. Die älter werdende Gesellschaft erfordert einen Umbau der Betriebe und der Infrastruktur. Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verlangt von uns ein exzellentes Bildungs- und Forschungssystem.

Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen wir langfristiger als bisher denken. Gerade in Zeiten der Krise ist das immer wichtiger. Wir haben eine Vision, wie wir leben wollen. „Nordrhein-Westfalen 2020“ ist unser Ziel – für mehr Lebensqualität, für mehr Menschlichkeit, für mehr Miteinander, für die Einheit der Gesellschaft.

Der verstorbene Vorsitzende der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen Lord Dahren-dorf hat es klar formuliert: Eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen setzt, droht auseinanderzufallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der Erhaltung des Status Quo begnügt und allenfalls Fragen der „gerechten Verteilung“ stellt, droht zu erstarren. Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat die Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Nur wenn Innovation und Solidarität verbunden werden, gibt es neue Sicherheit. Das ist unser politischer Kompass heute und in Zukunft.

Wachstum schafft Arbeit

Wir haben 2005 eine Staatsverschuldung von 112 Milliarden Euro übernommen. Wir haben das getan, was wir versprochen haben: Mit einem strikten Sparkurs haben wir die Netto-neuverschuldung 2006 fast halbiert und bis 2008 auf den niedrigsten Stand seit über 30 Jahren heruntergefahren. Aber die Krise hat uns zurückgeworfen. Es ist falsch, gegen die Krise anzusparen. Damit würde neues Wachstum abgewürgt. Wir haben schnell und entschlossen auf die Krise reagiert. Mit 7,7 Mrd. Euro beteiligt sich Nordrhein-Westfalen in einer historisch einmaligen Kraftanstrengung daran, die Krise zu überwinden: Mit der Stabi-

lisierung der Banken, mit den Maßnahmenpaketen I und II zur Stabilisierung der Konjunktur, mit dem Zukunftspakt für die Kommunen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur, mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und mit dem Deutschlandsfonds für die Unternehmen, vorgeschlagen von uns in Nordrhein-Westfalen. Damit haben wir seit Anfang 2009 bereits 11.000 vor allem kleinen und mittleren Unternehmen eine Brücke gebaut, um die Krise zu überstehen. Außerdem hat das Land allein 2009 für Unternehmen Bürgschaften mit einem Volumen von 601 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Mit all diesen Maßnahmen kommen wir gestärkt aus der Krise heraus. Danach müssen wir uns jedoch mit der gleichen Kraft der Rückführung der Schulden widmen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Die Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung ist deshalb geboten. Dies alles wird aber nur zum Erfolg führen, wenn Städte und Gemeinden in diesen Prozess gleichberechtigt eingebunden werden.

Unsere langfristig orientierte Politik für mehr Wachstum setzt darauf, die eigenen Stärken zu stärken. Wir sind und bleiben Industrieland. Deshalb müssen wir unsere industriellen Kerne stärken. Und das tun wir am besten durch Vernetzung, denn sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Kernkompetenzen liegen in der Logistik, in der Energiewirtschaft, in der Metall- und Elektroindustrie, in der Chemie, im Bereich der Materialwirtschaft und der innovative Werkstoffe, aber auch bei Telekommunikation, Medien und Kreativwirtschaft sowie Agrobusiness. Ein besonderer Jobmotor ist auch die Gesundheitswirtschaft, die wir gezielt fördern, u.a. mit dem neuen Gesundheitscampus in Bochum, zu dem auch die bundesweit erste staatliche Fachhochschule für Gesundheitsfachberufe mit bis zu 1.000 Studierenden gehört. In all diesen Bereichen werden wir unsere Cluster-Strategie noch weiter ausbauen. Denn entscheidend ist die enge Kooperation von Unternehmen mit Wissenschaft und Verbänden. Entscheidend sind langfristige Strategien der erfolgreichen Entwicklung innovativer Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette: Von der Forschung über die Produkteinführung und Markterschließung bis hin zur Infrastruktur. Je enger die Vernetzung, umso mehr Wachstum und damit auch neue Arbeitsplätze!

Innovationen brauchen Freiheit. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen Bürokratieabbau und die Vereinfachung der Verfahren nicht nur als politisches Prestigeprojekt. Wir sehen Bürokratieabbau als Wettbewerbsfaktor für unseren Standort und als Wachstumsmotor. Deswegen wollen wir die Einführung eines unabhängigen Normenkontrollrates und des Stan-

dardkostenmodells auch in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen systematisch Belastungen für Wirtschaft und Bürger erfassen und unnötige sowie kostspielige Regelungen beseitigen.

Mehr Wachstum heißt aber auch Investitionen in Innovationen. Wir haben seit 2005 die Förderung von Innovationen um ein Viertel auf fast 600 Millionen Euro gesteigert. Innovationen entstehen in starken Hochschulen. Deshalb haben wir unsere Hochschulen von bürokratischen Fesseln befreit und ihnen finanzielle Planungssicherheit gegeben. Außerdem werden wir bis 2020 rund 8 Mrd. Euro zusätzlich für die Modernisierung der Hochschulen investieren. Nordrhein-Westfalen gründete vier neue Fachhochschulen und baut acht bestehende aus. So werden 11.000 neue Studienplätze geschaffen. Wir tragen Sorge dafür, dass alle Schulabgänger nach der doppelten Abitur-Stufe im Jahr 2013 gleiche Chancen auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz haben werden. Auch die sozial ausgestalteten Studienbeiträge sind ein wichtiger Beitrag, um unsere Hochschulen leistungsfähig zu halten und Lehr- und Studienbedingungen entscheidend zu verbessern – dass die Zahl der Studierenden seit Mai 2005 nicht gesunken, sondern um fast 9,5 Prozent gestiegen ist, gibt uns mit diesem Kurs recht. Allerdings werden wir darauf drängen, dass die Beiträge für das Studium in transparenter Weise auch tatsächlich zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden. Dabei wollen wir das NRW-Stipendiensystem weiter ausbauen und so zum Vorbild für die deutsche Bildungslandschaft machen. So soll jungen Talenten, unabhängig vom Einkommen der Eltern, ein Studium erleichtert werden, und zugleich sollen soziale Härten ausgeglichen werden. Uns ist wichtig: Die Leistungen jedes Einzelnen, der studieren möchte, sind entscheidend, und nicht die Frage, ob sie oder er sich ein Studium leisten kann.

Investitionen in Innovationen heißt, Spitzenforschungsprojekte zu fördern. Allein in die Zukunftsfelder Biotechnologie, Nano- und Mikrotechnik, Innovative Werkstoffe und Energie- und Umweltforschung fließen bis 2010 Landesmittel von jeweils 100 Millionen Euro für Spitzenforschungsprojekte. Außerdem haben wir seit der Regierungsübernahme gemeinsam mit der Wirtschaft 24 neue Spitzenforschungsinstitute, High-Tech-Labore und Denkfabriken eingerichtet, die die Grundlage für neue Arbeitsplätze schaffen. So viel wissenschaftliche Exzellenz hat in den letzten Jahren kein anderes Bundesland aufgebaut. Der Erfolg ist mit Händen zu greifen: Heute haben wir im Bereich Forschung und Entwicklung fast 11 Prozent mehr Arbeitsplätze als 2005. Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt und der höchste Zuwachs in der Geschichte des Landes.

Die Zukunft liegt in der noch besseren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Das neue Hochschul-Netzwerk „InnovationsAllianz“ von 24 nordrhein-westfälischen Hochschulen setzt dafür bereits wichtige Akzente und wir werden dabei helfen, Hochschulen und Wirtschaft noch enger zu vernetzen: Mit einer umfassenden Partnerschaft von Hochschulen und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Außerdem werden wir in Zukunft noch stärker als bisher die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte vorantreiben. Und wir werden den Mittelstand weiter stärken, z.B. durch das Förderpaket für den forschenden Mittelstand mit Innovationsdarlehen, Innovationsgutscheinen und Innovationsassistenten. Dies geschieht bis 2012 mit einem Gesamtvolumen von rund 32 Mio. Euro. Dem dient ferner ein verbesserter Transfer von Forschungsergebnissen aus Wirtschaft und Forschung.

Bildung für alle

Unsere Politik der neuen Sicherheit will, dass jedes Kind die Chance auf Entfaltung, auf Bildung und auf Glück hat. Mehr Allgemeinbildung, eine individuellere Förderung und mehr soziale Durchlässigkeit – das sind die Prinzipien unserer großen Schulreform im Jahr 2006. Aber wir haben auch ein neues Lehrerausbildungsgesetz mit höherem Praxisanteil etabliert. Vor allem werden wir bis Ende 2010 über 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und damit den Unterrichtsausfall gegenüber Mai 2005 halbiert haben. Wir haben mehr Ganztagschulen eingerichtet: Im Schuljahr 2004/2005 gab es in Nordrhein-Westfalen insgesamt 343.124 Ganztagsplätze. Im Schuljahr 2010/2011 sind es 607.691 Ganztagsplätze. Im nächsten Schuljahr sind dann 33 Prozent der Schüler im Ganztags. Im Schuljahr 2004/2005 waren es hingegen nur 16,4 Prozent. Und wir haben die individuelle Förderung gestärkt, zum Beispiel durch Lernstudios und gezielte Programme für lernschwache Schülerinnen und Schüler. Die Erfolge können sich sehen lassen: Schon 314 Schulen in Nordrhein-Westfalen haben das bisher bundesweit einmalige Gütesiegel für individuelle Förderung in der schulischen Praxis erhalten. Wir haben 2009 den niedrigsten Stand an Sitzbleibern seit Beginn der Erhebung erzielt. Und auch beim Abitur haben wir das beste Ergebnis seit dem Beginn der Aufzeichnung erreicht. Darauf können wir stolz sein.

In Zukunft werden wir die Anzahl der Ganztagsangebote stärker als bisher erhöhen, deren Betreuungsqualität und Verlässlichkeit weiter verbessern, insbesondere an Grund- und

Hauptschulen. Das Ziel ist, dass bis zum Jahr 2015 mindestens 43 Prozent aller Schüler einen Ganztagsplatz in Anspruch nehmen können und dieses Angebot auch in den folgenden Jahren noch weiter ausgebaut wird. Wir wollen, dass die Klassen in Zukunft kleiner sind. Das gilt vor allem für die Grundschulen, denn hier wird die Grundlage für den weiteren Bildungs- und Berufserfolg gelegt. Wir werden außerdem die Hauptschulen weiter verstärkt durch den Ausbau der „Qualitätsinitiative Hauptschule“ fördern und mit den erfolgreichen Verbundschulen und Teilstandortlösungen für den Erhalt eines ortsnahe Schulangebots sorgen.

Von großer Bedeutung ist auch die Reform der Lehrerbildung. Kaum ein Beruf ist so wichtig für unsere Zukunft wie der des Lehrers. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Beruf wieder die öffentliche Anerkennung bekommt, die er verdient. Wir wollen mehr junge Menschen dafür begeistern, Lehrer zu werden. Wir wollen erreichen, dass auch mehr Männer den Beruf des Grundschullehrers oder des Erziehers in den Kindertagesstätten ergreifen. Wie das gehen kann, zeigt ein von der Wirtschaft und der Landesregierung gemeinsam getragenes Programm, bei dem besonders begabte Hochschulabsolventen für zwei Jahre an die Brennpunktschulen unseres Landes gehen und das Lehrerkollegium durch Projektarbeit und individuelle Förderung unterstützen. Sie helfen damit Schülerinnen und Schülern, die es im Leben besonders schwer haben. Und lernen selbst dabei sehr viel, vor allem die Begeisterung für den Lehrerberuf. Solche Projekte sind wegweisend für die Zukunft. Wir wollen, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer in diesem Land weiterhin mit Recht sagen kann: Ich bin stolz, für die Bildung unserer Kinder verantwortlich zu sein. Wir wollen, dass diese Leistung auch öffentlich gewürdigt wird. Die Wirtschaft ist gefordert, ihren Teil zur Ausbildung junger Menschen beizutragen, indem sie u. a. die landesweite Aktion Schule-Beruf durch die Bereitstellung von kompetenten Ansprechpartnern und Praktikantenplätzen nachhaltig unterstützt.

Bildung ist aber mehr als nur Schule. Wir werden daher weiterhin die wichtige Arbeit der Jugendverbände, offenen Jugendeinrichtungen und weiteren Akteure der Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie die Jugendarbeit der Sportvereine unterstützen und stärken. Jugendarbeit ermöglicht als außerschulischer Bildungsort den Erwerb interkultureller, sozialer und persönlicher Kompetenzen, baut Benachteiligungen ab und macht Engagement und Demokratie für junge Menschen direkt erlebbar. In dieser eigenständigen Bildungs-

funktion ist sie ebenso unverzichtbar wie als Kooperationspartner der Schulen und als Unterstützung bei gelingenden Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten.

Mit dem Ende der Legislaturperiode werden wir rund 2,7 Milliarden Euro mehr für Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben haben als die Vorgängerregierung. Ganz konkret heißt das zum Beispiel: 2005 war Nordrhein-Westfalen mit rund 11.800 Plätzen bundesweit Schlusslicht bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Mit dem Haushalt 2010 haben wir diese Zahl mit rund 100.500 Plätzen mehr als verachtfacht. Mit großem Erfolg erweitern wir unsere Kindertagesstätten zu Familienzentren. Unser neues Kinderbildungs-gesetz hat die frühkindliche Bildung verbessert, z.B. durch den Ausbau der vorschulischen Sprachförderung, die gerade Kindern mit Zuwanderungsgeschichte die Integration erleichtert.

In den nächsten Jahren werden wir die Betreuung für die Kinder unter drei Jahren weiter ausbauen: Bis zum Jahr 2013 soll für ein Drittel der Unterdreijährigen ein Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege geschaffen werden. Bis dahin wollen wir auch die Zahl der Familienzentren von heute 1.750 auf dann 3.000 erhöhen um mitzuhelfen, flächendeckend Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.

Beschäftigungssicherheit für viele

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, sich nicht damit abzufinden, dass Menschen auf Dauer keine Chance auf Arbeit haben. Mit unserem bundesweit vorbildlichen Kombilohn-Modell, das Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen mit Zuschüssen hilft, haben wir es geschafft, allein in NRW über 12.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, nicht hinzunehmen, dass jemand trotz Vollbeschäftigung seine Familie nicht ernähren kann. Man muss von seiner Arbeit leben können. Deshalb gehen wir entschlossen gegen Dumpinglöhne vor. Mit Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen für Tarifverträge haben wir erreicht, dass mehr als 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine ausreichend bezahlte Arbeit haben. Wir haben durchgesetzt, dass es ein gesetzliches Verbot sittenwidriger Löhne geben wird. Wir sind aber gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, weil er Arbeitsplätze vernichtet.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, dass wir uns nicht damit abfinden, dass Menschen keine Chancen mehr haben, wenn sie entlassen werden. Deshalb haben wir dafür gekämpft, dass von den im Herbst 2006 bei BenQ entlassenen Mitarbeitern über 80 Prozent wieder einen neuen Job bekommen haben. Und auch die meisten der von Nokia in Bochum entlassenen Mitarbeiter haben durch unseren Einsatz wieder eine neue Perspektive: Auf Druck der Landesregierung hin hat Nokia 200 Millionen Euro in einen Sozialplan investiert. Und mit dem Landes-Programm „Wachstum für Bochum“ in Höhe von 53 Mio. Euro unterstützen wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt aber auch, dass junge Menschen Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf haben. Deshalb geben wir mit dem 3. Weg in die Berufsausbildung, dem Sonderprogramm Ausbildung und dem Werkstattjahr allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive: 2008 sind dank der Anstrengungen im Ausbildungskonsenses mit Unternehmen, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Kammern rund 20.000 zusätzliche Lehrverträge im Vergleich zu 2005 abgeschlossen worden. Damit waren so wenige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das ist ein großer Erfolg.

Kein Jugendlicher, der kann und will, darf zurückbleiben. Gerade die Förderung und die Teilhabe junger Menschen mit Behinderung ist uns ein besonderes Anliegen. Wir wollen, dass mehr Jugendliche mit Behinderung in Regelschulen unterrichtet werden. Mit dem Ausbildungsjahr 2006/2007 haben wir das Programm „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene in Nordrhein-Westfalen“ gestartet. Damit konnten bislang mehr als 300 Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen werden. Und wir haben außerdem ein Projekt zur Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung (ILJA) entwickelt, mit dem wir alle lernbehinderten Jugendlichen ab der achten Klasse individuell fördern werden.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir ein umfassendes Konzept zur Stärkung der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen umsetzen: Mit regionalen Bildungsnetzwerken der Kreise und kreisfreien Städte werden alle kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung von Schulen gebündelt. Ab der 8. Klasse wird es eine systematische individuelle Förderung zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsfähigkeit geben, in die Lehrkräfte, Berufsberatung, Betriebe und Eltern gleichermaßen eingebunden sind. Für alle Jugendlichen mit Förderbedarf nach der Schule entwickeln wir ein Übergangssystem mit individuellen Förderwegen einschließlich einer anerkannten Berufsausbildung.

Unser Ziel ist, dass Betriebe, Berufskollegs und Bildungsträger im Verbund alle Jugendlichen so ausbilden, dass sie einen Abschluss mit Zertifikat erreichen und damit erfolgreich ins Berufsleben starten können.

Ein weiteres Ziel ist, die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern. Wir haben schon viel erreicht, z. B. durch gezielte Förderprogramme für junge Wissenschaftlerinnen, Unternehmerinnen und alleinerziehende Mütter oder Frauen im öffentlichen Dienst. Aber trotz hoher Bildungsqualifikationen sind Frauen gerade in den Führungspositionen immer noch weit unterrepräsentiert und weiterhin gibt es eine beachtliche Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Wir werden die Berufswahlorientierung hin zu Berufen mit besseren Aufstiegschancen verbessern, Frauen ermuntern und unterstützen, Verantwortung und Führung zu übernehmen und bessere Rahmenbedingungen für eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Beiräten und Aufsichtsräten schaffen. Wir wollen helfen, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten und die Angebote der Kinderbetreuung weiter ausbauen. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Frauen mit Kindern Kontakt zum Arbeitsmarkt halten und ihre Qualifikation weiterhin einbringen können.

In der Wissensgesellschaft ist es entscheidend, dass jeder sich weiterbildet. Lebensbegleitendes Lernen muss für alle zum Leitbild werden. Wir wollen das unterstützen, indem wir u.a. die Weiterbildung stärken, gerade für die Älteren. So schaffen wir die Grundlage für eine ehrenamtliche Tätigkeit auch nach dem aktiven Berufsleben. Auf die Kompetenz und Erfahrung der Älteren wollen und können wir nicht verzichten. Unser Programm der Bildungsschecks ist ein Erfolg: 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben daran teilgenommen. Wir wollen, dass es noch mehr werden. Und wir werden dafür sorgen, dass auf Grundlage des geltenden Rentenrechts die Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler werden. Es muss bessere Möglichkeiten für Teilrenten und Hinzuverdienstmöglichkeiten geben.

Kein Kind bleibt zurück

Wir kämpfen entschlossen gegen Kinderarmut. Jedes Kind in Armut ist ein Kind in Armut zuviel! Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik der neuen Sicherheit. Deswegen haben wir uns nicht nur erfolgreich für eine bedarfsgerechte Bemessung der Regelsätze für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch II für Kinder eingesetzt,

sondern auch den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet, der Kindern aus sozial benachteiligten Familien hilft. Und wir werden uns weiter vor allem dem Kampf gegen Kinderarmut widmen, z.B. durch den Ausbau von Kindertafeln, ohne dabei die Eltern aus ihrer Verantwortung zu lassen. Damit Kinder besser vor Vernachlässigung geschützt werden, haben wir die sozialen Frühwarnsysteme flächendeckend ausgebaut. Kinderarmut muss vor allem präventiv bekämpft werden. Dies gelingt am besten durch Bildung und individuelle Förderung. Die meisten Eltern kommen ihrem Erziehungsauftrag nach. Dennoch ist jedes vierte Kind von Armut bedroht. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, Eltern durch den weiteren Ausbau von Familienzentren in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und besonders Alleinerziehende bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Mehr Lebensqualität für Ältere

Wir wissen, dass der Anteil der über 65-Jährigen in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen wird. 2009 lebten zum ersten Mal mehr über 65-Jährige in Nordrhein-Westfalen als unter 20-Jährige. Dieser demografische Wandel wird sich Jahr für Jahr fortsetzen. Wir sind auf die vermehrte Einbindung der älteren Generation in das gesellschaftliche Miteinander angewiesen. Die Älteren sind aktive Gestalter, gesellschaftspolitisch und ehrenamtlich engagiert. Wir müssen die Potenziale und die Leistungsbereitschaft der Älteren besser nutzen und neue Formen der Teilhabe entwickeln. Wir werden, wo immer möglich, noch vorhandene starre Altersgrenzen für die Ausübung von Ehrenämtern beseitigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Älteren so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben können. Und unser Ziel ist, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen zu schaffen, durch die ältere Menschen auch in der Pflege so lange wie möglich selbstbestimmt leben. Unser neues Wohn- und Teilhabegesetz ist ein Meilenstein für mehr Lebensqualität, weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung. Denn die Einrichtung soll nicht Krankenhaus, sondern Wohnung für die alten Menschen sein. Von besonderer Bedeutung ist deshalb künftig die Förderung des altersgerechten Umbaus der Wohnungen im Bestand.

Mehr Lebensqualität für Ältere heißt, dass wir gegen Altersdiskriminierung vorgehen. Zusammen mit den Banken und Sparkassen arbeiten wir daran, die Praxis zu beenden, dass zum Beispiel jemand keine Versicherung oder keinen Kredit für den Aufbau eines Unter-

nehmens mehr bekommt, nur weil er älter ist. Mehr Lebensqualität für Ältere heißt, gegen Altersarmut zu kämpfen: Mit dem erfolgreichen Einsatz für die Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV-Empfängern haben wir einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Und mehr Lebensqualität für Ältere heißt mehr Prävention und eine bessere Gesundheitsversorgung. Hierbei wollen wir die bewährte privatwirtschaftliche ambulante Versorgung durch im Gesundheitswesen tätige Freiberufler wie Ärzte, Physiotherapeuten und Vertreter der freien Heilberufe stärken. Wir wollen Gesundheit fördern, nicht lediglich Krankheit finanzieren. Durch Gründung neuer Forschungszentren, wie z.B. dem Max-Planck-Institut für die Biologie des Alters in Köln, tragen wir dazu bei, dass typische Alterskrankheiten wie Demenz, Alzheimer oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen besser erforscht und behandelt werden können.

Wir fördern den Bau von Wohngenossenschaften, Wohnstiften und privaten Wohngruppen für Ältere Menschen anstelle traditioneller Altersheime. Und wir kämpfen weiter gegen Altersarmut: Wir setzen uns für ein Alterseinkommen ein, das oberhalb der Grundsicherung liegt, denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, am Schluss weniger bekommt als jemand, der kaum gearbeitet hat.

Für starke Kommunen

Wir wollen starke Kommunen. Daher verwenden wir rund 27 Prozent der Mittel des Landeshaushaltes für die kommunale Familie. Von den 2,844 Milliarden Euro aus den Konjunkturpaketen des Bundes und Landes haben wir 84 Prozent direkt an die Kommunen weitergeleitet – so viel wie kein anderes Bundesland. Zwei Drittel der Fördergelder sind bereits für fast 5.000 Projekte vor allem im Bereich Bildung und Infrastruktur verplant. Sie werden Wirkung zeigen, und vor allem die Wirtschaft vor Ort stützen. Wir haben vor allem auch finanzschwachen Kommunen geholfen, in dem wir ihren Eigenanteil an der Finanzierung der Hilfen halbiert und erleichtert haben. Damit leiten wir die Konjunkturmittel dorthin weiter, wo sie Bürgern und mittelständischen Unternehmen direkt helfen.

Für starke Kommunen haben wir außerdem ein Standardbefreiungsgesetz beschlossen und das kommunale Auftragswesen vereinfacht: Wir haben die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergabe deutlich erhöht. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Gemeinden 2008 und 2009 mit 15,7 bzw. fast 15 Milliarden Euro mehr Geld be-

kommen als jemals zuvor. Nach der aktuellen Modellrechnung für 2010 werden die Kommunen 7,6 Milliarden Euro im Finanzausgleich erhalten. Das ist nach dem Rekordjahr 2009 der zweithöchste je gezahlte Betrag. Und weil Investitionen in Bildung Investitionen in unsere Zukunft sind, bleibt die Schul- und Bildungspauschale mit 600 Millionen Euro unverändert hoch.

Bei vielen Kommunen reichen die Mittel nicht aus, um kommunalen Aufgaben nachkommen zu können. Deshalb wird wie für das Land wird auch für die Kommunen die große Aufgabe der nächsten Jahre in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte liegen. Neben der Nutzung aller Einsparpotenziale ist es unerlässlich, die Kommunen von überzogenen Standards zu befreien und einen adäquaten Kostenersatz für die vom Bund veranlassten Sozialkosten zu gewährleisten. Wir werden im Land auf Grundlage des IFO-Gutachtens gemeinsam mit Kreisen, Städten und Gemeinden ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz erarbeiten, das den aktuellen Herausforderungen der Kommunen Rechnung trägt. Darüber hinaus wird es 2010 eine gemeinsame Dialogplattform zwischen Bund, Ländern und Kommunen geben mit dem Ziel, eine gemeinsame Bestandsaufnahme zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorzulegen. Hier geht es insbesondere auch um eine adäquate Kostenerstattung für vom Bund veranlasste soziale Lasten (z.B. Kosten für Unterbringung). Kommunen mit Nothaushalten muss es künftig gestattet sein, zur Kofinanzierung von strukturverbessernden Landesprogrammen Mittel von Dritten einzusetzen.

Das Konnexitätsprinzip muss wesentlicher Leitgedanke sein. Wir stehen an der Seite unserer Städte und Gemeinden, um sie in den Gesprächen auf Bundesebene zu unterstützen. In einer Gemeindefinanzkommission auf Landesebene werden wir die Verhandlungen gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vorbereiten und bestreiten, damit die kommunalen Handlungsspielräume strukturell und dauerhaft wiederhergestellt werden.

Entscheidend für die Zukunft ist aber auch, dass wir uns gemeinsam für schönere und lebenswertere Städte einsetzen. Die Menschen und ihre Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt stehen. Unsere Städte müssen schöner werden, z.B. durch die Wiederbelebung der Innenstädte und durch die Wiederentdeckung regionaler Bautraditionen. Unsere Städte müssen mehr Lebensqualität gewinnen. Das heißt zum Beispiel, Zersiedelung und Flächenfraß zu verhindern. Das heißt, für eine lebendige Einzelhandelsstruktur zu sorgen, die nicht durch weitere Errichtung großflächiger Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ bedroht werden

darf. Das heißt, die Innenstädte auch als Wohngebiete wieder aufzuwerten. Das heißt auch, Freiräume zu gewähren, damit Bürger ihren Lebensraum lebenswert und bedarfsgerecht gestalten können. Und das heißt, sich besonders der sozial schwierigen Quartiere anzunehmen, z.B. durch die Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen Grünflächen und Jugendtreffpunkten.

Wir brauchen eine konsequente Orientierung der Wohnungsmärkte an den Bedürfnissen der Menschen. Dabei muss sowohl auf die Bedürfnisse junger Familien eingegangen werden, die günstige Eigenheime erwerben wollen, als auch den Anforderungen einer alternenden Gesellschaft begegnet werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Dies werden wir auch durch gezielte Förderung sicherstellen. Gleichzeitig werden wir die energetische Modernisierung unserer Wohnungsbestände konsequent vorantreiben. Hierbei wird insbesondere der soziale Wohnungsbau im Fokus unserer Anstrengungen stehen.

Vor allem müssen wir unsere Städte und Gemeinden an den demografischen Wandel anpassen. Sie müssen familiengerechter werden und sie müssen besser für die Bedürfnisse einer älteren Gesellschaft gerüstet sein. Das bedeutet, Quartiere nicht um jeden Preis zu sanieren, sondern manche Anlagen auch abzureißen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Und das bedeutet, besonders barrierefreie Wohnungen auszubauen, die den Bedürfnissen von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. Was für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen gut ist, kann auch jungen Familien nutzen, z.B. für den Kinderwagen. Mehr Lebensqualität für unsere Städte ist die Zukunftsaufgabe für Land und Kommunen gleichermaßen. Es hilft den sozialen Frieden zu festigen.

Gleiches gilt für unsere ländlichen Räume. Mehr als 60 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen leben in ländlichen Räumen. Ländliche Räume bieten Lebensqualität. Ländliche Räume sind Chancenräume. Wir tragen ihrer Vielfalt Rechnung. Es gilt zum einen, die ländlichen Räume in ihrer jeweiligen Eigenart touristisch noch besser zu erschließen, Naturschutz wie Landwirtschaft und Forstwirtschaft fortzuentwickeln und die hochleistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Wir wollen die oftmals gut funktionierende soziale Infrastruktur, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das ausgeprägte ehrenamtliche Engagement im ländlichen Raum stärken und erhalten. Auf der anderen Seite gilt es angesichts des Demografischen Wandels, die ärztliche und pflegerische Versorgung der Menschen auch auf dem Land dauerhaft zu gewährleisten. Dabei

sollen verstärkt kooperative Versorgungsstrukturen unterstützt werden und zum Einsatz kommen. So haben wir bereits ein Programm aufgelegt, mit dem die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten in von Unterversorgung bedrohten Gemeinden gefördert wird.

Integration in einer weltoffenen Gesellschaft

Die Integration insbesondere der jungen Zuwanderer ist eine Schlüsselfrage für die Einheit unserer Gesellschaft. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben sich gut in unsere Gesellschaft integriert, manche sind allerdings nicht in unserer Gesellschaft angekommen. Gerade die Verbesserung der Schul- und Berufsbildung, der Verringerung von Arbeitslosigkeit sowie die Verbesserung der Sprachkenntnis gilt es bei jungen Menschen zu verbessern. Für die Einheit in Vielfalt in unserer Gesellschaft ist eine gemeinsame Wertebasis die grundlegende elementare Voraussetzung. Grundlage dieser Wertebasis ist für uns die europäische Leitkultur, wie sie in der abendländischen Geistesgeschichte in besonderer Weise durch die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung geprägt wurde und wie sie in der europäischen Menschenrechtscharta und im Grundgesetz verbindlich festgesetzt ist. Auf diese Errungenschaften sind wir stolz. Jeder der bei uns lebt soll diese Werte annehmen. Das bedeutet, dass zum Beispiel Gewalt gegen Frauen, Zwangsehen, so genannte Ehrenmorde keine kulturellen Besonderheiten sind, sondern unnachsichtig bestraft werden.

Wir wollen keine Multi-Kulti-Gesellschaft, in der die Menschen nebeneinander leben. Stattdessen wollen wir eine weltoffene Gesellschaft, in der wir miteinander leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sie miteinander leben. Jeder soll seine Chance zur Integration bekommen, aber er muss sie dann auch nutzen. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen das bundesweit erste Integrationsministerium eingerichtet und mit dem Aktionsplan „Integration Nordrhein-Westfalen – Land der neuen Integrationschancen“ Maßstäbe für eine moderne Integrationspolitik gesetzt. Der Aktionsplan folgt dem Prinzip „Fördern und Fordern“ und konzentriert sich auf Bildung und Arbeit, denn hier liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Das fängt im vorschulischen Alter an mit verpflichtenden Sprachtests für 4-Jährige und dem massiven Ausbau des Sprachunterrichts. Das setzt sich fort über eine stärkere schulische Förderung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in allen

Schulformen, insbesondere im Rahmen der „Qualitätsoffensive Hauptschule“, und führt bis zu einem breiten Angebot der Sprachförderung in der beruflichen Ausbildung. Denn Bildung und Sprache sind der Schlüssel zur Integration. Wir wollen mehr Zeichen des „Willkommenseins“ geben. Nur, wer sich dazugehörig fühlt, kann auch alle Chancen nutzen.

Aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtungen können Unternehmen von den Fähigkeiten derer profitieren, die aus dem Ausland kommen. Sprachkompetenzen und kulturelles Know-How der Migranten sind wichtige Schlüsselqualifikationen, die Nordrhein-Westfalen stärker machen und die wir nutzen sollten.

Wir brauchen mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Verwaltung, bei der Polizei, in Kindergärten und in sozialen Berufen, aber auch in Ehrenämtern, z. B. als Schulpätern und in der Politik. Und wir wollen uns für die kulturellen und religiösen Anliegen der Zuwanderer öffnen, z.B. durch die Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts in den Schulen unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern. Dafür werden wir Islamkunde zum islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache fortentwickeln. Wir begrüßen die Empfehlung des Wissenschaftsrats, an den Hochschulen Institute für islamische Theologie aufzubauen.

Sicher leben

Neue Herausforderungen brauchen eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Für uns gilt der Grundsatz: Keine Toleranz gegenüber Gewalt und Verbrechen. Gegen jede Form der Kriminalität gehen wir entschlossen vor. Wir wollen, dass Opferschutz vor Täterschutz steht. Damit ist untrennbar unser Bekenntnis zu einer leistungsstarken Justiz verbunden, die den Menschen gerecht wird, indem sie dem Bürger auch künftig zeitnah Recht und Sicherheit gewährt. Wir wollen die Schließung der Lücken im Recht der Sicherungsverwahrung und die Einführung des Warnschussarrests. Ebenso setzen wir uns für eine generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende unter der Prämisse ein, die Rechtsfolgen des Strafgesetzbuchs für junge Erwachsene im Alter von 18-25 Jahren bei festgestellten Reifeverzögerungen um das vielfältige Sanktionsspektrum des Jugendstrafrechts zu ergänzen.

Wir zeigen vor allem Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen, schnell und entschlossen ihre Grenzen auf: Bei Projekten wie „Gelbe Karte“ oder dem „Staatsanwalt vor Ort“ arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe an bereits 18 Standorten in Nordrhein-Westfalen eng zusammen. Dadurch ist die Zahl der verurteilten Jugendlichen 2008 im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 13,2 Prozent gesunken. Wir haben außerdem den von der Vorgängerregierung betriebenen Personalabbau in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug gestoppt: Zur besseren Bekämpfung der Jugend- und Wirtschaftskriminalität haben wir noch in diesem Jahr rund 70 neue Staatsanwaltschafts- und Richterstellen geschaffen, im Justizvollzug 346 Stellen neu eingerichtet und weitere 179 Stellen, die ursprünglich wegfallen sollten, erhalten. Im Strafvollzug haben wir schon 1.000 Haftplätze neu geschaffen; weitere 2.000 werden gerade gebaut.

Wir stärken unsere Polizei und ihr Ansehen: Das geänderte Polizeiorganisationsgesetz und das Drei-Säulen-Konzept haben die Polizei sowohl von überflüssiger Bürokratie entlastet und die äußere und innere Organisation gestärkt. Damit sind 500 Polizeibeamtinnen und -beamte zusätzlich in den Polizeiwachen, Bezirksdiensten und Ermittlungskommissariaten im Einsatz. Außerdem haben wir die Neueinstellungen bei der Polizei mehr als verdoppelt. Seit 2008 stellt das Land jährlich 1.100 Polizeianwärter ein. Das ist ein wichtiger Beitrag, um den Anforderungen und Möglichkeiten moderner Polizeiarbeit gerecht zu werden. 841 Stellen, die ursprünglich zur Streichung vorgesehen waren, bleiben erhalten. Die Arbeitsbedingungen der Polizei werden deutlich verbessert, zum Beispiel mit modernen Streifenwagen und Ausrüstungen. Das hat sich bezahlt gemacht: Unser Land ist sicherer geworden, weil für uns der Schutz unserer Bürger wichtig ist. Von den 20 sichersten deutschen Großstädten liegen 10 in Nordrhein-Westfalen. Und wir wollen, dass sie noch sicherer werden, z.B. durch die präventive Wirkung von Videoüberwachungen in gefährdeten Bereichen der Innenstädte. Wir treten klar für den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten vor Gewalttaten und Beleidigungen ein. Darüber hinaus stehen wir für eine starke Präsenz der Polizei auch im ländlichen Raum ein.

In der nächsten Legislatur wollen wir unser Land noch sicherer machen, indem wir das Polizeigesetz und das Verfassungsschutzgesetz den Notwendigkeiten anpassen. Wir wollen der Polizei zur Bekämpfung schwerer Straftaten die notwendigen Kompetenzen für den Einsatz neuartiger Telekommunikationsüberwachungsmethoden, insbesondere der so genannten Online-Durchsuchung, geben und sie durch die Einführung einer Wachpolizei ent-

lasten. Auch künftig werden die direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Landräte die Behördenleiter der Kreispolizeibehörden sein. Wir werden die erfolgreich begonnene Reform des Strafvollzuges fortsetzen. Wir werden dabei die Möglichkeiten der Föderalismusreform nutzen, um ein Gesetz über die Ombudsperson im Strafvollzug vorzulegen und um dem bundesweit anerkannten Jugendstrafvollzugsgesetz NRW und Untersuchungshaftvollzugsgesetz neben dem Jugendarrestvollzugsgesetz ein Landesstrafvollzugsgesetz folgen zu lassen. Wir entwickeln für den Vollzug ein Baukonzept, das eine mittelfristige Gesamtplanung der Bauvorhaben beinhaltet, um dem Grundsatz des Einzelhafttraums auch für erwachsene Strafgefangene gerecht zu werden.

Handeln mit Gewinn für Umwelt und Wirtschaft

Eine große Aufgabe ist die Balance von Ökologie und Ökonomie. Die Bewahrung der Schöpfung, auch durch schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen, ist Voraussetzung einer guten Zukunft für uns und kommende Generationen. Wir nehmen diese Aufgabe an. 2009 haben wir so viel in den Naturschutz investiert wie nie zuvor in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Mit Innovationen im Trinkwasserschutz, mit langfristigen Investitionen für sichere Deiche und mit wirksamen Strategien gegen Luft- und Lärmbelastungen sorgen wir für Umweltsicherheit, Gesundheit und Lebensqualität. Mit 100 neuen Alleen haben wir ein sichtbares Zeichen gesetzt, wie wichtig uns Umwelt und Landschaft sind. Ideologie und Blockaden in der Umweltpolitik haben wir durch Dialog und Beteiligung abgelöst. Ein Beitrag ist der Dialog Wirtschaft und Umwelt mit Konzepten für schlanke Verwaltung und freiwilligen Umweltleistungen von Unternehmen und Branchen. Diesen Weg setzen wir fort. Das gilt auch für unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, in der wir seit 2005 eine neue Zuversicht erleben. Ein wichtiges Ziel ist es uns, für den Erhalt land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen zu sorgen. Wir fördern Chancen in der Land- und Forstwirtschaft, die auch in erneuerbaren Energien liegen. Wir stärken unsere Agrar- und Waldregionen sowie Auenlandschaften als grüne Lungen des Landes: Diesen Weg flankieren wir durch Klima-Anpassungsmaßnahmen des Landes für die kommenden Jahrzehnte. Sicherheit und Gesundheit sind Kern unseres Verbraucherschutzhandelns. In unseren Städten setzen wir uns für eine konsequente Durchgrünung der Wohnviertel, Alleenstraßen, Grünanlagen, und fußläufig erreichbare Parks ein. Für die CDU Nordrhein-

Westfalen ist die Landwirtschaft auch unverzichtbarer Partner bei der Umsetzung von praktiziertem Naturschutz.

Aber für uns gilt auch, dass Industrie und Umweltschutz keine Gegensätze sind. Die Industrie wurde in der Vergangenheit zu oft als Problem für die Umwelt gebrandmarkt. Das ist falsch. Die Industrie ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Deshalb haben wir den „Dialog Industrie und Umwelt“ gegründet und die „Allianz für Industrie und Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Wir wissen um unsere besondere Verantwortung und auch die Chancen, die sich für uns als Energieland Nr. 1 ergeben. Wir wissen, dass wir unseren Energiebedarf nur durch einen breiten Energiemix decken können. Um das Ziel einer begrenzten Erderwärmung zu erreichen, müssen wir uns zeitnah mit der Abscheidung und Speicherung von CO₂ beschäftigen, damit unsere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch unserer Industrieprozesse zukunftsfähig bleiben. Unser Ziel wird dabei sein, im Land frühzeitig über Kommunikation und Beteiligung die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Bis die CO₂-Abscheidung wettbewerbsfähig ist, brauchen wir weitere hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke, die alte Kraftwerke ersetzen und unseren wirtschaftlichen Vorsprung sichern. Wir arbeiten an einer Darstellung möglichst aller Potenziale für die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, um sie besser als bisher nutzen zu können. Die Erneuerbaren Energien haben in NRW das Potenzial, unsere Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich zu sichern. Im Windenergiebereich geht es vor allem um den Ersatz vieler alter durch weniger neue und effizientere Windkraftanlagen. Das Zusammenwirken der Unternehmen, Wissenschaftler und Politik bringt uns Wachstumsimpulse für die weiteren Felder der Energiewirtschaft wie Geothermie, Biomassenutzung oder Solarenergie. Wir beschäftigen in NRW bereits beinahe ebenso viele Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien wie im Bergbau. Die Investitionen in Erneuerbare Energien, aber auch in hocheffiziente Kraftwerkstechnologien bringen weiteres wirtschaftliches Wachstum, eine Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Umwelttechnologien und mehr Arbeitsplätze für NRW. Bis 2020 werden wir damit die CO₂-Emissionen Nordrhein-Westfalens um 81 Mio. Tonnen reduzieren. Das sind rund 44 Prozent des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt.

Klimaschutz ist eine große Chance für effiziente und regenerative Umwelttechnologien. Einseitige Emissionsbeschränkungen führen zu einer unverhältnismäßigen Belastung be-

sonders energieabhängiger Branchen. Deshalb setzen wir auf eine Ausdehnung verbindlicher Standards über Europas Grenzen hinaus.

Für die Zukunft gilt: Wir sind und bleiben Industrieland. Aber wir wollen auch zum Vorreiter einer Umweltpolitik der Zukunft werden. Wir arbeiten an der Vision einer neuen grünen Mitte in der Metropole Ruhr – mit dem größten wasserwirtschaftlichen Projekt Europas, das die Emscher wieder zu einem sauberen Fluss und zum Lebensmittelpunkt einer ganzen Region macht. Nicht umsonst wird schon heute vom „Wunder der Emscher“ gesprochen.

Ein zweites großes Zukunftsprojekt ist die Entwicklung des Elektro-Autos. Wir treiben Forschung und Entwicklung in diesem Bereich voran. Bis 2020 sollen 250.000 Elektrofahrzeuge auf den Straßen von Nordrhein-Westfalen rollen. Nordrhein-Westfalen ist die erste großräumige Modellregion für Elektro-Autos in Europa.

Aber auch Sicherheit und Gesundheit der Verbraucher stehen für uns im Mittelpunkt, wenn wir uns für eine hervorragende Qualität unserer Luft und unserer Gewässer oder für die Sicherheit der Lebensmittel einsetzen. Unser Ziel ist der gut informierte und souveräne Verbraucher. Und deshalb engagieren wir uns in besonderem Maße für den Verbraucherschutz. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen wird vom Land über mehrere Jahre verlässlich finanziert. Das ist deutschlandweit einmalig und vorbildlich.

Investitionen in eine moderne Infrastruktur

Unsere Infrastruktur ist eine unserer ganz großen Stärken als international bedeutsamer Wirtschaftsstandort. Verkehrsprognosen sagen uns allerdings bis 2025 für alle Verkehrswege einen drastischen Anstieg voraus: Um knapp ein Fünftel beim Personenverkehr und um über zwei Drittel beim Güterverkehr. Wir wollen kein Verkehrschaos. Unter Rot-Grün gab es 2004 nur einen Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau einer Bundesfernstraße. 2005 haben wir dafür gesorgt, dass bereits 9 Straßenbaumaßnahmen Baurecht erlangten. In den Folgejahren konnte die Zahl der Planfeststellungsbeschlüsse sogar noch gesteigert werden. Wir investieren weiter mit Hilfe des Bundes massiv in die Verkehrsinfrastruktur: 1,3 Milliarden Euro fließen allein 2009 in die Sanierung von Autobahnen und Bundes- und Landstraßen. 300 Millionen Euro erhalten die Kommunen, um die Verkehrssituation in den

Städten und Gemeinden zu verbessern. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund mit einem „Nachholprogramm West“ seinen Anteil an den Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes in den kommenden Jahren aufstockt.

Auch die Häfen sind eine Stärke unseres Landes. Wir werden sicherstellen, dass sie sich weiter entwickeln können. Der Duisburger Hafen ist schon heute der größte Binnenhafen der Welt. Für den Ausbau von Logport II haben wir insgesamt 48,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem haben wir uns gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn im „Masterplan NRW“ auf einen Ausbau der Schieneninfrastruktur geeinigt: Der Rhein-Ruhr-Express kommt. Für die Betuwe-Linie, die Nordrhein-Westfalen an den Seehafen Rotterdam anbinden soll, laufen die Planungen. Die Anbindung des Antwerpener Hafens durch den neuen „Eisernen Rhein“ werden wir weiter vorantreiben. Wir haben eine positive Weiterentwicklung unserer Flughäfen ermöglicht. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen seiner Bedeutung als Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs in Zukunft noch besser gerecht wird. Bei allen Verkehrsprojekten sind die Interessen der Anwohner und anliegenden Kommunen zu berücksichtigen.

Wir werden eine umfassende Infrastrukturplanung für das Land erstellen. Auch das hat uns die Zukunftskommission zur Aufgabe gemacht: Mit klaren Prioritäten, mit klaren Zielvorgaben für mehr Mobilität. Das werden wir weiter ausbauen und verbessern, auch durch eine einheitliche Verkehrszentrale, um alle Verkehrsinformationen zu bündeln. In Zukunft gilt noch mehr als bisher: Erfolg braucht Vernetzung, gerade in der Metropole Ruhr – und insbesondere für den Öffentlichen Personennahverkehr. Das ÖPNV-Gesetz sieht mehr Kooperation und leistungsfähigere Strukturen vor. Das muss jetzt zügig in Stadt und Land umgesetzt werden. Dabei müssen alle an einem Strang ziehen, zum Beispiel auch bei der Einführung eines einheitlichen Tarifsystems.

Auch bei der Internetversorgung wollen wir noch vorhandene Lücken schließen. Insbesondere im ländlichen Raum ist die Breitbandversorgung ein wichtiger Standortfaktor. Wir haben es ermöglicht, dass auch Nothaushaltskommunen an den Förderprogrammen teilhaben können. Investitionen kommunaler Unternehmen in Glasfaserausbau im Rahmen von Open Access-Modellen sind ein guter Weg, dafür sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Planung der Breitbandinfrastruktur durch die jeweiligen Kommunen soll gefördert werden durch den Ausbau von Beratungsangeboten im Rahmen des von uns eingerichteten „Breitband Competence Center“ an der FH Südwestfalen.

Wir setzen auf kreative Köpfe

Nordrhein-Westfalen ist eine der großen Kulturmegapolen der Welt. Wir können zum Magneten für kreative Köpfe aus der ganzen Welt werden. Staatliche Kulturförderung ist kein Luxus. Sie ist auch nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, weil Kreative dorthin gehen, wo sie ein breites kulturelles Angebot finden. Sie ist auch elementar, um die Einheit der Gesellschaft zu bewahren. Viel zu lange ist Kultur sozial exklusiv verstanden worden. Es kommt aber darauf an, eine Kultur für alle zu schaffen. Darum haben wir die Kulturfördermittel gegenüber 2005 verdoppelt.

Dabei liegt uns die kulturelle Erziehung von Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen. Deshalb haben wir die Mittel für kulturelle Bildung von jährlich 6 Mio. Euro auf mittlerweile 13 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Mit dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ sorgen wir dafür, dass jeder Grundschüler im Ruhrgebiet ein Instrument erlernen kann. Unser Ziel ist es, das Programm auf ganz Nordrhein-Westfalen auszuweiten. Mit dem Programm „Kultur und Schule“ holen wir mehr als 1.100 Künstlerinnen und Künstler in die Schulen, damit bei unseren Kindern die kulturelle Bildung gestärkt und ihre Kreativität frühzeitig gefördert wird: Mehr als 2.000 Künstler haben sich inzwischen an dem Projekt „Kultur und Schule“ beteiligt und rund 4.700 Projekte mit Kindern und Jugendlichen an den Schulen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

2010 wird die Metropole Ruhr zur europäischen Kulturhauptstadt, vom Land mit rund 120 Millionen Euro unterstützt. Davon wird ein Signal ausgehen. Sie wird den Menschen in Deutschland, Europa und der Welt zeigen: Nordrhein-Westfalen ist nicht nur eine einzigartige Industrieregion, sondern auch eine der kreativsten Kulturregionen Europas. Wir wandeln uns vom Kohle- zum Kreativland. Wir wollen, dass Kultur und Kreativität zu unserem Markenzeichen werden, zum Kern der „Marke Nordrhein-Westfalen“.

Eine Kultur von allen für alle bleibt auch in Zukunft unser Kompass. Deshalb werden wir unter anderem die Programme „Jedem Kind ein Instrument“ und „Kultur und Schule“ erweitern. Aber wir müssen uns auch noch mehr als bisher auf unsere Stärken konzentrieren, auf das, was sonst niemand hat, zum Beispiel unsere einzigartige Industriekultur. Daran arbeiten wir z.B. durch den Umbau des „Dortmunder U“ zu einem europaweit einzigartigen Zentrum für Kunst und Kreativität oder durch das neue RuhrMuseum, mit dem das Weltkulturerbe Zollverein einen neuen Mittelpunkt bekommt, oder durch die Unterstützung

der großen internationalen Kunstausstellung auf der Emscher-Insel. Diese Maßnahmen dienen damit auch der Bewahrung und Fortentwicklung unseres gesamten deutschen Kulturerbes als Teil des europäischen Kulturerbes.

Unser Ziel ist, im ganzen Land einzigartige Akzente für Kunst und Kultur zu setzen. Dabei greifen wir regionale Aktivitäten im Rheinland und in Westfalen auf. Deshalb errichten wir mit dem Landschaftsverband Rheinland und der Stiftung Kunstfonds auf dem Gelände der ehemaligen Abtei Brauweiler ein Schaumagazin für Künstlernachlässe. Und deshalb unterstützen wir auch den Um- oder Neubau wichtiger Museen, z.B. des westfälischen Landesmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte in Münster, des Leopold-Hoesch-Museum in Düren, der Stiftung Kloster Dalheim bei Paderborn, des Rautenstrauch-Joest-Museums und des Museums Schnütgen in Köln, des Emil Schumacher Museums in Hagen, der Kunstsammlung NRW in Düsseldorf und nicht zuletzt den Bau des Beethoven-Festspielhauses in Bonn. Mit dem Ausbau des Westpreußischen Landesmuseum in Münster-Wolbeck belegt NRW seinen Anteil an der weiteren Bewahrung und Fortentwicklung unseres ostdeutschen Kulturerbes der Vertriebenen und Aussiedler.

Für ein starkes Europa

Für Nordrhein-Westfalen als Bundesland im Herzen der Europäischen Union ist die europäische Integration von hoher Bedeutung. Ein vereintes und handlungsfähiges Europa ist die Grundlage für Wohlstand und Sicherheit der Menschen in unserem Land. Nordrhein-Westfalen ist nicht denkbar ohne Europa. Zusammen mit unseren Nachbarn in Luxemburg, den Niederlanden und Belgien bilden wir einen europäischen Kultur- und Wirtschaftsraum, der einzigartig ist. 45 Millionen Menschen leben hier das Europa der offenen Grenzen. Deshalb haben wir 2008 eine gemeinsame Erklärung über die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Benelux und Nordrhein-Westfalen unterzeichnet. Sie ist ein Meilenstein für eine neue Form der Zusammenarbeit in Europa. Damit werden wir die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg noch stärker machen als bisher – in den Euregios, bei der Raumordnung, beim Katastrophenschutz, beim Umweltschutz, in der Forschung, bei der Zusammenarbeit der Wirtschaftscluster und auch im Bereich Schule und Bildung. Wir wissen: Im Zeitalter der Globalisierung wird es immer wichtiger, einen solchen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum zu stärken, denn davon profitieren

alle. Gerade für Nordrhein-Westfalen als Exportland, aus dem ein Fünftel aller deutschen Exportgüter kommt, ist die enge Verflechtung mit seinen europäischen Nachbarn von höchster Bedeutung.

Ein weiterer Schwerpunkt in den internationalen Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen liegt auf der Zusammenarbeit mit Frankreich. Mit dem Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahr 2008/2009 hat Nordrhein-Westfalen neue Maßstäbe dafür gesetzt, wie die deutsch-französischen Beziehungen auch auf Länderebene intensiviert werden können. Auch unsere Beziehungen zu Polen werden durch die Partnerschaft Nordrhein-Westfalen – Woiwodschaft Schlesien unter Einbeziehung der deutschen Minderheit vertieft, etwa in einem Polen-NRW-Jahr 2011/2012. Bei der künftigen Vertiefung wollen wir die deutsche Minderheit vor Ort einbinden und deren Erhalt z.B. durch die Unterstützung deutschsprachiger Kindergärten und Grundschulen fördern.

In Zukunft werden wir weiter daran arbeiten, dass Europa zusammenwächst. Durch Städtepartnerschaften oder europäischen Jugendaustausch lernen die Bürgerinnen und Bürger, Europa mit Leben zu füllen. Wir regen an, die Berichterstattung über EU-Politik, vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, noch weiter auszubauen, da die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein besseres Verständnis von Europa und der EU bekommen sollen. Dabei geht es vor allem auch um die jungen Menschen. Die Bedeutung der EU und des Europäischen Parlaments soll ein fester Bestandteil im Unterricht der nordrhein-westfälischen Schulen sein. Besonders soll die Besichtigung von europäischen Institutionen und Gedenkstätten im Rahmen von Klassen- und Studienfahrten gefördert werden. Ein großer Erfolg sind unsere „Europaschulen“, die wir gezielt unterstützen und für die es seit 2007 ein eigenes Zertifikat gibt. Von der Förderschule bis zum Gymnasium bieten sie ein erweitertes Fremdsprachenangebot und bilinguale Unterrichtseinheiten oder Klassenstufen, sie verknüpfen die Unterrichtsinhalte in allen Fächern mit dem Europagedanken und sie verfügen über europäische Partnerschulen, so dass der unmittelbare Austausch der jungen Menschen in vorbildlicher Weise gefördert wird. Im Herbst 2009 bereiten bereits 100 Europaschulen im Land ihre Schülerinnen und Schüler auf das Leben und Arbeiten in Europa vor. Wir können stolz darauf sein, dass unser Ziel, bis 2010 in jeder größeren Stadt eine Europaschule zu haben, fast erreicht ist. Aber wir wollen das in Zukunft auch für kleinere Gemeinden erreichen.

Ein weiteres Ziel ist, dass Schul- und Berufsabschlüsse im Nachbarland besser anerkannt werden – mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens haben wir eine gegenseitige Anerkennung der schulischen Bildungsabschlüsse schon auf den Weg gebracht, aber wir wollen das auch auf die anderen Regionen der Benelux ausweiten. Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger – auf allen Ebenen. Wir brauchen ein Europa, das die Regionen stärkt und das Subsidiaritätsprinzip achtet. Das ist der Kompass unseres europapolitischen Engagements.

Nordrhein-Westfalen 2020 – Neue Sicherheit und Solidarität

Wir in Nordrhein-Westfalen schauen zuversichtlich in die Zukunft.

Das Land hat mit der Koalition der Erneuerung seit 2005 neue Kraft getankt.

Wir haben die Zeit genutzt, unser Land zu erneuern.

Die Sockelarbeitslosigkeit ist bei uns zum ersten Mal seit den 70er Jahren wieder gesunken. Die Unternehmen haben sich neu aufgestellt. Das gilt insbesondere für den Mittelstand. Unsere Betriebe sind international wettbewerbsfähig. Das ist ein gemeinsamer Erfolg von Unternehmern, Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Politik. Er zeigt: Bei uns in Nordrhein-Westfalen funktioniert die soziale Partnerschaft.

Wir wollen unsere Politik der neuen Sicherheit fortsetzen.

Eine Politik für Wachstum und Leistung.

Eine Politik für Kinder und Bildung.

Eine Politik für Industrie und Ökologie.

Eine Politik für Chancen und soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen ein Land, in dem jeder, der will, Arbeit bekommt.

Wir wollen ein Land, in dem alle, die hart arbeiten, mehr Wohlstand für sich und für ihre Familien schaffen können.

Wir wollen ein Land, in dem alle, die hart arbeiten, die Chance zu sozialem Aufstieg haben.

Das ist das Ziel. Dafür arbeiten wir mit aller Kraft.

Wir wissen: Es geht nur gemeinsam.

So schaffen wir das Land der neuen Chancen.

Um die Einheit der Gesellschaft zu erhalten.